



Auf dem langen Weg zu gleichwertigen Lebensverhältnissen Erfolge und Herausforderungen der Ruhr-SPD-MdB in der 19. WP

Das Ruhrgebiet ist für viele Menschen ein Ort von Freiheit, Vielfalt, Innovation, Solidarität oder Bildung & Wissenschaft, während die FES-Studie "Ungleiches Deutschland - Sozioökonomischer Disparitätenbericht 2019" betont: Strukturschwache Regionen wie das Ruhrgebiet drohen zunehmend abgehängt zu werden und der Weg zu gleichwertigen Lebensverhältnissen ist noch lang. Diese Strukturschwäche zeigt sich bei (Langzeit-) Arbeitslosigkeit, Kinderarmut, kommunalen Altschulden oder dem Zustand der Infrastruktur. Die Menschen beweisen aber immer wieder aufs Neue, dass sie Strukturwandel können. Das belegen Erfolgsgeschichten wie InnovationCity in Bottrop, der Technologiepark Dortmund, Bochum als Zentrum der IT-Sicherheit, der größte Binnenhafen der Welt in Duisburg, die Wasserstoffstadt Herten, der Wissenschaftspark Gelsenkirchen oder die Forschungsregion Ruhr. Mehr als 270.000 Studierende an 5 Universitäten, 17 Fachhochschulen und zahlreichen außeruniversitären Forschungseinrichtungen machen das Ruhrgebiet zu einem der wichtigsten Wissenschafts- und Bildungsstandorte Deutschlands, der mehr jungen Menschen mehr Chancengleichheit bietet. Unsere Forschungseinrichtungen sind nicht nur Innovationstreiber, sondern auch wichtige Arbeitgeber und Wirtschaftsfaktoren.

Wir 16 direkt gewählten SPD-Bundestagsabgeordneten aus dem Ruhrgebiet verstehen es als unsere Hauptaufgabe, das Leben der Menschen in unseren Wahlkreisen Schritt für Schritt besser zu machen und unsere Heimatregion auf dem langen Weg zu gleichwertigen Lebensverhältnissen kraftvoll zu unterstützen. Mit den Menschen aus unseren Wahlkreisen stehen wir selbstverständlich im regelmäßigen Austausch. Neben unseren monatlichen Ruhr-Runden in Berlin haben wir darüber hinaus in dieser Legislaturperiode verschiedene Ruhr-Touren absolviert und vielfältige Dialogformate mit wichtigen Akteuren wie den DGB-Regionsgeschäftsführer*innen im Ruhrgebiet, der SPD-Fraktionsvorsitzendenrunde RUHR oder dem RVR etabliert. Zu diesen wichtigen Dialogformaten zählen auch unsere regelmäßige Redaktionsbesuche bei der WAZ in Essen.

Im Deutschen Bundestag haben wir zusammen mit der NRW-Landesgruppe und der SPD-Bundestagsfraktion in dieser Legislaturperiode viel erreicht für die Menschen - von den Kleinsten bis zum würdevollen Leben im Alter: Das Gute-Kita-Gesetz und das Starke-Familiengesetz, der Mindestlohn für Azubis, die Aufwertung des BAföG, die Stärkung von Forschung, Lehre & Wissenschaft, die Brückenteilzeit, die Entlastung von Mittel- und Geringverdienenden sowie Selbstständigen, der Investitionsfonds „Digitale Infrastruktur“, das Qualifizierungschancengesetz, der Schutz von Paketboten, die Pflegestärkung oder die Stabilisierung der Gesetzlichen Rente. Und gerade für viele Frauen sehr wichtig: Mit der Grundrente erhalten rund 1,3 Millionen Rentner*innen ab 2021 deutschlandweit eine spürbar höhere Alterssicherung. Lebensleistung verdient Anerkennung. Das ist eine Frage der Gerechtigkeit. Wer jahrzehntelang eingezahlt hat, muss im Alter mehr haben als Grundsicherung.

Unser gemeinsames Ziel ist es, dem Ruhrgebiet in Berlin eine starke Stimme zu geben. Wir adressieren die ruhrgebietspezifischen Themen - wie die drohenden Fahrverbote für Diesel-Fahrzeuge - und haben mit folgenden Verbesserungen für das Leben der Menschen im Ruhrgebiet auf dem langen Weg zu gleichwertigen Lebensverhältnissen einen großen Sprung nach vorne gemacht:

Dank der SPD kommen wir im Ruhrgebiet solidarisch durch die Corona-Krise

Das Konjunkturprogramm gibt unserer Wirtschaft im Ruhrgebiet einen kräftigen Schub, ist sozial gerecht ist und bringt uns ökologisch nach vorne. Vor allem der kommunale Solidaripakt zur Unterstützung unserer Städte und Gemeinden bei den Kosten der Unterkunft, den Gewerbesteuerausfällen oder der Stabilisierung des ÖPNV halten die Belastungen der ohnehin angespannten kommunalen Haushalte in Grenzen und lassen den Kommunen noch Handlungsspielräume für Investitionen in das direkte Lebensumfeld der Menschen – in Schwimmbäder, Sportvereine oder Kultur. Dabei ist besonders wichtig für die vielen sport- und kulturbegleiteten Menschen in unserer Heimatregion: Der Bund stellt 600 Millionen zusätzlich für den Bau von Sportstätten und eine Milliarde für das Programm „NEUSTART KULTUR“ bereit. Gleichzeitig stärken wir die Chancengleichheit mit dem Ausbau von Kitas, Ganztagschulen oder dem Digitalpakt Schule und setzen wichtige Impulse für die weitere Transformation unserer Wirtschaft im Ruhrgebiet: Das Investitionspaket Wasserstoff, die zusätzlichen Mittel zur Unterstützung der Digitalisierung, die Aufstockung der GRW-Mittel oder die Beschleunigung des 5G-Ausbaus zu einem flächendeckenden Netz bis 2025 sind wichtige Maßnahmen, um aus dieser Corona-Pandemie eine Chance für das Ruhrgebiet zu machen.

Nur die SPD bringt soziale Gerechtigkeit, Wirtschaft und Klimaschutz zusammen

Die sozial-gerechte, nachhaltige und verlässliche Gestaltung des Kohleausstieg ist das beste Beispiel für sozialdemokratische Politik: Der SPD-Vorschlag für die Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ hat zu einem breiten Konsens geführt. Dabei haben wir SPD-Ruhrgebietsabgeordneten die Steinkohleregionen auf die Tagesordnung der sog. Kohlekommission gesetzt, hartnäckig für einen fairen Anteil an den Strukturhilfen gekämpft und sich mit verschiedenen Positionspapieren aktiv in die Gesetzgebungsverfahren eingebracht. Jetzt fließen 662 Millionen Euro allein ins Ruhrgebiet, um gute Arbeit zu schaffen und das Revier mit Zukunftsthemen wie Wasserstoff, Klimaschutz, Abfall- und Kreislaufwirtschaft oder Wissenschaft & Forschung weiterzuentwickeln. Wir haben außerdem erreicht, dass auch ältere Beschäftigte in den Steinkohleregionen durch das Anpassungsgeld (APG) abgesichert werden und Steinkohlekraftwerke in kommunaler Trägerschaft nicht zu Belastungen für die Haushalte vieler Ruhrgebietsstädte werden. Dieser Kohleausstieg eröffnet den Menschen im Ruhrgebiet, den Beschäftigten der Steinkohlekraftwerke mit ihren Familien und den Unternehmen Sicherheit im Wandel, hält Energie bezahlbar und schafft Versorgungssicherheit für unsere Industrie.

Unser Sozialer Arbeitsmarkt gibt arbeitslosen Menschen neue Chancen und Hoffnung

Mit der Einführung des Sozialen Arbeitsmarktes am 1. Januar 2019 geben wir Langzeitarbeitslosen echte Chancen auf Teilhabe an der Arbeitswelt und neue Perspektiven. Trotz Wirtschaftswachstum und Rekordbeschäftigung sind für viele Menschen im Ruhrgebiet prekäre Arbeitsverhältnisse, Armut und Abstiegsängste Alltag. Langzeitarbeitslosigkeit ist gerade in unserer Heimatregion weit verbreitet. Wir finanzieren aber lieber Arbeit als Arbeitslosigkeit und setzen 4 Milliarden Euro für diesen Sozialen Arbeitsmarkt ein – nicht als zeitlich befristetes Modellprojekt, sondern als dauerhaftes Regelinstrument und mit zusätzlichen Mitteln für die Jobcenter zur Unterstützung der Menschen. Für uns im Ruhrgebiet ist besonders wichtig, dass die Menschen nach Tarif bezahlt werden. Diese Regelung macht für viele Arbeitgeber im Ruhrgebiet die Teilnahme am Sozialen Arbeitsmarkt überhaupt erst möglich, da die Lücke zum Mindestlohn sonst eine unüberbrückbare Hürde geworden wäre. Der Erfolg gibt uns recht: In manchen Städten hat die freie Wirtschaft mehr als 50% der Jobs geschaffen und viele Regionen können die Nachfrage mit ihrem Budget längst nicht mehr abdecken. Deshalb werden wir mehr Mittel brauchen, aber klar ist in jedem Fall: Der jahrelange Einsatz als SPD hat sich gelohnt.

Die SPD stärkt den Industriestandort und investiert in die Infrastruktur

Am Industriestandort Ruhrgebiet sind alle Glieder der Wertschöpfungskette zu einem starken Verbund verknüpft: Von der Erzeugung (z.B. Stahl in Duisburg) über den Transport (z.B. Evonik aus Marl) bis zur Verwertung (z.B. BP in Gelsenkirchen). Nur mit einem starken industriellen Kern werden wir den Wandel gestalten können. Deshalb stärken wir unsere Industriestandorte im Ruhrgebiet und haben zum Beispiel allein für dieses Jahr 72 neue Personalstellen zur Modernisierung der Infrastruktur unserer Wasser- und Schifffahrtsverwaltungen (WSV) beim Bundesverkehrsministerium erstritten. Bereits 2018 und 2019 hatte das Verkehrsministerium neue 35 Stellen für Maßnahmen in NRW bereitgestellt. Das ist vor allem das Ergebnis unserer Hartnäckigkeit als SPD-Abgeordnete, denn der Investitionsstau im Ruhrgebiet zeigt sich am katastrophalen Zustand der Schleusen und Wehranlagen besonders deutlich. Das gefährdet den reibungslosen Güter- und Warenverkehr auf unseren Wasserstraßen und setzt die Beschäftigten unnötigen Gefahren aus. Wir brauchen zusätzliches Personal, um den Unternehmen die überlebensnotwendige Infrastruktur bereitstellen zu können und die Planstellen dürfen nicht nur auf dem Papier stehen bleiben. Darauf werden wir bei Verkehrsminister Scheuer weiterhin genau achten.

Wir unterstützen die Kultur- und Kreativwirtschaft als Treiber und Jobmotor

Wir geben der einzigartigen Kultur- und Kreativwirtschaft im Ruhrgebiet mit dem „Creative Tech Festival Ruhr“ (CTFR) einen kräftigen Schub, um sie noch mehr zum Treiber des Wandels und zum Jobmotor im Ruhrgebiet zu machen: Der Deutsche Bundestag unterstützt auf Initiative der Ruhr-SPD-MdB in den kommenden Jahren die Entwicklung, Einrichtung und Etablierung des CTFR als branchenübergreifendes Kongress- und Festivalformat mit 11 Millionen Euro. Mit dieser Entscheidung für das Ruhrgebiet hat der Deutsche Bundestag noch einmal ausdrücklich die Bedeutung des Reviers in der deutschen und europäischen Kultur- und Kreativwirtschaft betont. Inspiriert vom „South by Southwest“-Festival in Austin und fokussiert auf die vielfältigen Potenziale der Digitalisierung, kann sich unsere Heimatregion als größtes industrielles Ballungsgebiet im Herzen Europas mit dem CTFR zukünftig Jahr für Jahr als zentraler Standort des digitalen Wandels präsentieren: Innovationen präsentieren, künstlerische Kreativität erlebbar machen, digitale Modelle für die Zukunft schaffen. Und ganz nebenbei das Image unserer Heimatregion als weltoffene Metropole noch besser machen, denn dieses Festival kann natürlich viele Besucher*innen aus aller Welt ins Ruhrgebiet locken und ihnen ein völlig neues Bild mitgeben.

Handlungsfähige Kommunen gibt es nur mit einer starken SPD

Wir haben im Deutschen Bundestag schon vor der Corona-Pandemie vielfältige Entlastungsmaßnahmen für unsere Kommunen ergriffen, obwohl Länder wie NRW für die Finanzausstattung zuständig sind: Die jährliche 5 Milliarden-Unterstützung bei den Sozialkosten, die Übernahme der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, die Städtebauförderung, der Digitalpakt Schule oder Erhöhung der Mittel für den ÖPNV. Für uns im Ruhrgebiet ist besonders wichtig: Mit dem neuen Gesamtdeutschen Fördersystem setzt der Bund endlich den Grundsatz „Bedürftigkeit statt Himmelsrichtung“ um. Die Förderprogramme werden für alle strukturschwachen Regionen geöffnet und die Mittel für die Gemeinschaftsaufgabe GRW als tragende Säule um 500 Millionen Euro aufgestockt. Und auch wenn die schwarz-grünen Solidaritätsverweigerer aus Süddeutschland und die kraftlose Lethargie von Armin Laschet uns als kleineren Koalitionspartner vorerst ausgebremst haben: Wir haben die Altschuldenlösung nicht nur auf die Tagesordnung gesetzt, sondern unsere SPD-Reihen geschlossen. Mit SPD-Kanzlerkandidat Olaf Scholz hat sich erstmals ein Bundesfinanzminister bereit erklärt, das Problem anzugehen. Das ist auch das Verdienst der SPD-Ruhrgebietsabgeordneten. Eine Altschuldenlösung gibt es nur mit einer starken SPD.

Ausblick: Der weitere Weg zu gleichwertigen Lebensverhältnissen

Wir haben auf dem langen Weg zu gleichwertigen Lebensverhältnissen für die Menschen im Ruhrgebiet einen großen Sprung nach vorne gemacht und schreiben selbstbewusst: Diese Fortschritte gibt es nur dank der SPD. Wir haben aber auch noch eine Wegstrecke vor uns. Im kommenden Jahr bis zur Bundestagswahl 2021 werden wir in der NRW-Landesgruppe und in der SPD-Bundestagsfraktion unseren Beitrag leisten, um die offenen sozialdemokratischen Herzensanliegen des Koalitionsvertrages in Gesetze zu gießen. Die Stärkung der Europäischen Union und der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für alle Grundschulen müssen ebenso realisiert werden wie die Eindämmung der sachgrundlosen Befristung oder die Stärkung des Arbeitnehmer*innen-Schutzes in der Fleischindustrie.

Mit Blick auf das Regierungsprogramm der SPD und die Zeit nach der Bundestagswahl 2021 werden wir uns mit aller Kraft dafür einsetzen, dass das SPD-Sozialstaatspapier, unsere Pläne für bezahlbaren Wohnraum, ein gerechteres Steuersystem, die Aufwertung der Sozialen Berufe, die Stärkung der Tarifbindung, ein Mindestlohn von mindestens 12 Euro und Investitionen in unserer Infrastruktur Wirklichkeit für die Menschen werden.

Im Sinne der Menschen im Ruhrgebiet werden wir uns außerdem besonders bei den folgenden Herausforderungen engagieren:

- **Handlungsfähigkeit der Kommunen:** Die Altschuldenlösung bleibt ganz oben auf unserer Tagesordnung. Wir werden uns weiter dafür einsetzen, dass das Gesamtdeutsche Fördersystem langfristig gut ausgestattet ist und der Bund sich etwa über die KdU stärker an den Sozialkosten unserer Kommunen beteiligt.
- **Kindergrundsicherung:** Kinderarmut ist besonders im Ruhrgebiet ein skandalöses Problem. Den bisherigen Fortschritten wollen wir den großen Wurf folgen lassen: Mit unserem SPD-Konzept für eine auskömmliche und gerecht-ausgestaltete Kindergrundsicherung können wir allen Kindern die gleichen Chancen ermöglichen.
- **EU-Strukturförderung:** Die Unterstützung der EU war immer sehr wertvoll für die Entwicklung des Ruhrgebietes. Das muss so bleiben. Daher müssen wir sicherstellen, dass das Ruhrgebiet auch in der Förderperiode ab 2021 von der Strukturförderung profitiert und die kommunalen Eigenanteile handhabbar bleiben.
- **Wasserstoffregion Ruhrgebiet:** Wasserstoff spielt bei der Energiewende eine zentrale Rolle. Das riesige Potenzial des Ruhrgebiets zur Entwicklung der Wasserstofftechnologien müssen wir aktiv nutzen, viele Industriestandorte bieten nach dem Steinkohleausstieg perfekte Rahmenbedingungen.
- **Stahl ist Zukunft:** Die Stahlindustrie steckt vor enormen Herausforderungen und wir stehen an Seite der Beschäftigten. Wir müssen unsere industriepolitischen Instrumente auf den Arbeitsplatzert halt ausrichten und die Stahlindustrie bei diesem Zukunftswandel unterstützen – zum Beispiel auf dem Weg zu Wasserstoff-Stählen.
- **Sozialer Arbeitsmarkt:** Wir wollen dieses Erfolgsmodell noch besser machen, indem wir die Finanzierung langfristig über 2022 hinaus sichern, mehr Mittel bereitstellen zur Aktivierung des ganzen Potenzials der Menschen und auch sog. Einmalzahlungen/Jahressonderzahlungen in die Refinanzierung miteinschließen.
- **Konzept für EU-Zuwanderung:** Ein starkes Europa liegt uns sehr am Herzen, das Ruhrgebiet war immer ein weltoffener Schmelztiegel. Für die Probleme der Zuwanderung aus Südosteuropa brauchen wir deshalb endlich ein Konzept, um betroffene Kommunen dauerhaft bei der Integration zu unterstützen.

- Modellmetropole Mobilität Ruhr: Wir halten das Ruhrgebiet für hervorragend geeignet, die Mobilität der Zukunft zu entwickeln. Die Kombination aus nachhaltiger individueller Mobilität, verlässlichem und kostengünstigem ÖPNV muss jetzt dringend auf den Weg gebracht werden.
- Universiade 2025: Wir unterstützen die adh-Initiative, die Universiade als weltweit größte Multisportveranstaltung 2025 in die Region Rhein-Ruhr zu holen. Wie 1989 in Duisburg möchten wir viele junge Menschen zusammenbringen und uns als sportbegeisterte und weltoffene Hochschulregion mit Perspektiven präsentieren.
- Forschungsregion Ruhr: Wir wollen unsere Forschungsstandorte im Ruhrgebiet stärken und für die Zukunft sicher aufstellen – etwa indem wir 3,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Forschung und Entwicklung aufwenden. Das schafft Planungssicherheit bei Investitionen in Steine und Köpfe.
- Sozial-ökologischer Fortschritt: Der Himmel über der Ruhr ist wieder blau, der Strukturwandel geht weiter, Digitalisierung und sozial-ökologischer Fortschritt ändern unser ganzes Leben. Wir brauchen Forschungskapazitäten, um die moderne Arbeit human und unsere Gesellschaft sozial-gerecht und nachhaltig zu gestalten.